

Unser Programm zur Kommunalwahl 2026:

Kümmern statt kürzen.

Eine Bergstraße
für alle!

Die Linke

Kreisverband
Bergstraße

Impressum

Vorstand der Partei die Linke Kreisverband Bergstraße

Die Linke. Kreisverband Bergstraße

Allerheiligentor 2-4, 60311 Frankfurt (a.M.)

E-Mail: vorstand@dielinke-bergstrasse.de

Website: www.dielinke-bergstrasse.de

Inhaltsverzeichnis

Aufstehen gegen Rechts – Demokratie verteidigen.....	5
Soziale Sicherheit – für ein Leben in Würde	7
Soziale Verwaltung – menschlich, transparent & auf Augenhöhe	7
Öffentliche Infrastruktur ausbauen – Daseinsvorsorge sichern.....	8
Altersarmut verhindern – Würdevolles Leben im Alter sichern.....	8
Sorgende Kommune – solidarisch und gerecht.....	8
Gute Arbeit und starke Wirtschaft.....	10
Für eine Mobilität, die verbindet	13
Attraktive Busse.....	13
Faire Fahrpreise	14
Bahnhöfe als Mobilitätsstationen.....	14
Sicherer Fuß- und Radverkehr	14
Wohnen ist Menschenrecht.....	16
Gesundheit sichern – wohnortnah und solidarisch.....	19
Niedergelassene Versorgung	19
Ärztlicher Bereitschaftsdienst.....	19
Kinder.....	19
Leben im Alter	19
Pflegerische Angehörige.....	19
Bildung für alle – gerecht, inklusiv & lebenslang	21
Frühkindliche Bildung – Grundlagen schaffen.....	21
Schulbildung – Gemeinsamkeit stärken.....	22
Außerschulische Bildung – Gesellschaft leben.....	23
Ausbildung – Übergänge gestalten	23
Fort- & Weiterbildung – lebenslang lernen	24
Klimakrise bewältigen und Landwirtschaft zukunftsfähig gestalten.....	26
Klimakrise – Verantwortung übernehmen.....	26
Landwirtschaft – Zukunft gestalten.....	28
Geschlechtergerechtigkeit jetzt!.....	31
Feminismus im Alltag und in der Sprache	31
Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit.....	31

Teilzeitfalle und Armut von Alleinerziehenden	31
Unsichtbare Care-Arbeit und Doppelbelastung	31
Gewalt gegen Frauen und Femizide stoppen.....	32
Kindererziehung und Abbau patriarchaler Strukturen.....	32
Antidiskriminierung und Vielfalt.....	32
Inklusion leben – Barrieren abbauen, Teilhabe stärken.....	34
Solidarität ohne Grenzen – gleiche Rechte für Migrant*innen	37
Vereine, Kultur & Sport – Zusammenhalt, Teilhabe, Vielfalt.....	39
Kulturförderung – Vielfalt sichern und Infrastruktur schützen.....	39
Sport, Ehrenamt & Integration – Teilhabe ermöglichen.....	39
Demokratiebildung & gesellschaftliche Teilhabe durch Vereine.....	39
Kommunale Freiräume schützen, Pflichtaufgaben stärken	40
Finanzierung & Perspektive.....	40
Unsere Vision.....	40
Demokratie stärken, Transparenz schaffen und Digitalisierung	43
Bürger*innenrechte schützen - strukturelle Diskriminierung bekämpfen.....	43
Finanzen für eine starke soziale Infrastruktur	45
Umlagen.....	45
Landesmittel.....	46
Transferleistungen.....	47

Aufstehen gegen Rechts – Demokratie verteidigen

Angesichts des erstarkenden Rechtsrucks in Deutschland und Europa erleben wir einen alarmierenden Anstieg rassistischer Hetze, Diskriminierung und Gewalt. Fortlaufend erfahren Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihrer Religion, Sprache oder kultureller Zugehörigkeit Diskriminierung. Sei es am Arbeitsplatz, in der Schule, bei der Arbeits- und Wohnungssuche, in der Verwaltung, bei anlasslosen Polizeikontrollen (Racial Profiling, Predictive Policing) oder in vielen anderen Situationen im Alltag. Viele Systeme werden ohne ausreichende Rechtsgrundlage, Transparenz und Risikoeinschätzung entwickelt, getestet und bereits eingesetzt, obwohl sie marginalisierte Gruppen diskriminieren und unter Generalverdacht stellen.

Damit muss Schluss sein!

Wir stehen für unsere plurale Gesellschaft ein. Niemand darf aufgrund (zugeschriebener) Herkunft diskriminiert werden. Doch Rassismus und rassistische Ausgrenzung durchziehen die Gesellschaft auf allen Ebenen. Für Betroffene von Rassismus bedeutet das, Grenzüberschreitungen, abwertende Kommentare bis hin zu körperlicher Gewalt zu erleben.

Wir als Die Linke Bergstraße sehen es deswegen als unsere Aufgabe an, uns zusammen mit gesellschaftlichen Bündnissen jedem Naziaufmarsch entgegenzustellen. Wir sagen: Keinen Fuß breit den Faschisten! Der Kampf gegen Rassismus in all seinen Formen, gegen rechte Ideologien und Frauenfeindlichkeit ist eine tägliche Aufgabe. Dieser ist nicht nur auf den Straßen, sondern auch am Stammtisch, auf der Arbeit und in den Institutionen angekommen.

Rechtsextreme Ideologien greifen immer offener und subtiler in gesellschaftliche Debatten ein und bedrohen das friedliche Zusammenleben aller Bürger. Als Linke stehen wir klar und unmissverständlich gegen jede Form von Rassismus, Ausgrenzung und Nationalismus. Und damit stehen wir nicht allein. Mit den Protesten gegen die AfD haben viele Menschen lautstark bekannt: Es gibt breiten Widerstand gegen den Rechtsruck. Es ist unser aller Aufgabe, dafür Verantwortung zu tragen, dass kein Mensch herabgewürdigt oder diskriminiert wird. Rassismus ist weder Randerscheinung noch Einzelfall. Wir setzen uns für eine antirassistische Politik ein, die konsequent auf Aufklärung, Teilhabe und Solidarität baut. Gleichzeitig müssen wir die gesellschaftlichen Verhältnisse, die zum Rechtsruck geführt haben, verändern. Dazu gehört eine wachsende Schere zwischen Arm und Reich, zunehmende Unsicherheit und Ungerechtigkeit, Skandale wie beispielsweise CumEx, Politik,

die offensichtlich gegen den Bürger gemacht wird, fehlende Beteiligung und Intransparenz. Mit linker Wirtschafts- und Sozialpolitik wollen wir die wachsende Ungleichheit aufhalten, CumEx konsequent aufarbeiten, Bürgerbeteiligung fördern und Transparenz schaffen.

Die antifaschistischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, Antiziganismus, Diskriminierung und rechte Gewalt
- Regelmäßige und verpflichtende Weiterbildungen und Trainings zum Thema Antirassismus, Antisemitismus und Antifeminismus bei Polizei und Verwaltung
- Mehr interkulturelle Kompetenz, Weiterbildungen zu Antirassismus, Antisemitismus und Antifeminismus
- Förderung anti-rassistischer Bildungsarbeit an Kitas, Schulen Jugendeinrichtungen und bei der Erwachsenenbildung
- Gefährdete Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum durch besseres kulturelles Freizeitangebot im ländlichen Raum rechtzeitig auffangen und vor rechtsextremer Indoktrination und schützen
- Keine Genehmigung von Nazi-Aufmärschen in der Stadt und keine Vermietung öffentlicher Räume an Nazis und deren Sympathisant*innen
- Stärkung und Ausbau von Unterstützungs- und Beratungsangeboten für Menschen, die Opfer von rassistischem Mobbing, Diskriminierung und rechter Gewalt wurden
- Antidiskriminierungsstelle vom und im Kreis Bergstraße
- Hessen soll einen Polizeibeauftragten als Anlaufstelle für Beschwerden einrichten.

Soziale Sicherheit – für ein Leben in Würde

Die Linke ist die Partei der sozialen Verantwortung und Gerechtigkeit. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der eine sichere Daseinsvorsorge nicht nur auf dem Papier steht, sondern tatsächlich realisiert ist. Soziale Sicherheit ist keine Wohltat – sie ist das Versprechen einer gerechten Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird. **Die Linke Bergstraße** steht für eine Politik, die Menschen schützt, statt sie zu belasten. Dazu brauchen wir im Kreis Bergstraße bezahlbare und ausreichend große Wohnungen, kostenlose Busse und Bahnen, die zuverlässig fahren und alle Städte und Gemeinden erreichen, eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung, Kindergärten und Schulen, die Kinder umfassend bilden und alle Talente fördern. Und Schutzräume für Frauen die unter häuslicher Gewalt leiden.

Soziale Sicherheit bedeutet, dass niemand im Kreis Bergstraße Angst haben muss, wie er morgen über die Runden kommt – ob bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, im Alter oder bei steigenden Lebenshaltungskosten. Sie ist das Rückgrat einer solidarischen Kommune und die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit.

Wir kämpfen dafür, dass soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Soziale Verantwortung keine Privilegien ist, sondern ein Recht für alle Menschen im Kreis – unabhängig von Einkommen, Herkunft, Geschlecht oder Lebenslage.

Soziale Gerechtigkeit heißt: faire Verteilung von Chancen, Rechten und Ressourcen. Niemand darf benachteiligt werden – weder durch Armut, Diskriminierung noch durch ungleiche Bildungschancen.

Soziale Sicherheit sorgt dafür, dass Menschen in Notlagen abgesichert sind – durch Sozialhilfe, Pflege, Gesundheitsversorgung, Renten und bezahlbaren Wohnraum.

Soziale Verantwortung heißt: Wir stehen füreinander ein. Die Kommune darf niemanden fallen lassen.

Diese drei Prinzipien gehören untrennbar zusammen. Doch in der Praxis erleben wir immer wieder, dass durch Fehlentscheidungen, Personalmangel oder restriktive Behördenpraxis – etwa bei „Neue Wege“ – soziale Sicherheit gefährdet wird. Menschen werden in bürokratische Mühlen gedrängt, statt wirkliche Unterstützung zu erhalten. Das muss sich ändern.

Soziale Verwaltung – menschlich, transparent & auf Augenhöhe

Sozialleistungen dürfen kein Gnadentat sein. Die Linke Bergstraße fordert eine Verwaltung, die Menschen unterstützt, statt sie zu sanktionieren.

„Neue Wege“ muss seiner Verantwortung als sozialer Dienstleister gerecht werden: mit ausreichender personeller Ausstattung, klaren Zuständigkeiten und einer Kultur des Vertrauens statt Kontrolle.

Anträge müssen schnell, nachvollziehbar und unbürokratisch bearbeitet werden. Fehlentscheidungen dürfen nicht länger folgenlos bleiben.

Die Linke Bergstraße setzt sich für Soziallotsen in allen Gemeinden ein: Anlaufstellen, die bei Formularen, Ansprüchen und Behördenwegen helfen.

Öffentliche Infrastruktur ausbauen – Daseinsvorsorge sichern

Der Abbau öffentlicher Infrastruktur trifft gerade arme und ältere Menschen besonders hart. Entsprechend muss ein Abbau, wenn möglich verhindert werden. Dort wo das nicht möglich ist, müssen ausgleichende Maßnahmen getroffen werden, um die Belastung von vulnerablen Gruppen zu minimieren.

Altersarmut verhindern – Würdevolles Leben im Alter sichern

Ein würdevolles Leben im Alter ist ein Menschenrecht. Immer mehr Rentner*innen im Kreis Bergstraße geraten jedoch in finanzielle Not oder arbeiten weiter, um ihre Miete zahlen zu können.

Sorgende Kommune – solidarisch und gerecht

Die Linke Bergstraße setzt sich für den Aufbau einer „sorgenden Kommune Bergstraße“ ein: Ein Landkreis, der soziale Sicherheit durch Prävention, Solidarität und Nähe aktiv gestaltet.

Soziale Treffpunkte, Familienzentren, Nachbarschaftsnetzwerke und kommunale Sozialberatungen stärken den Zusammenhalt. Niemand soll allein gelassen werden, weder mit Behördenpost noch mit Pflege, Miete oder Einsamkeit.

Die sozialpolitischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- Aufbau einer „sorgenden Kommune Bergstraße“
- Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Kitas, Schulen und Sozialberatungsstellen müssen kommunal, wohnortnah und gebührenfrei zugänglich sein.
- Erhalt und Ausbau öffentlicher Einrichtungen – von Bibliotheken und Jugendzentren bis zu Seniorentreffs
- Keine Privatisierung kommunaler Betriebe und keine Auslagerung sozialer Aufgaben an profitorientierte Träger.
- Die Kommunen müssen vom Land endlich so ausgestattet werden, dass sie ihre sozialen Aufgaben erfüllen können – Wer bestellt, bezahlt!
- Soziallotsen in allen Gemeinden
- Kommunale Programme gegen Altersarmut, z. B. Mietzuschüsse, Sozialpässe und kostenlose Mobilität im ÖPNV
- Pflege stärken: Mehr Personal, Tariflöhne und Unterstützung für pflegende Angehörige
- Barrierefreie Gemeinden: vom ÖPNV über Arztpraxen bis zu Begegnungsstätten
- Soziale Teilhabe: Kultur, Bildung und Freizeit dürfen nicht am Geldbeutel scheitern

Gute Arbeit und starke Wirtschaft

Mit Aussagen über vermeintlich faule Beschäftigte und dem Ruf nach „mehr Arbeit“ macht Friedrich Merz immer wieder gezielt Stimmung gegen die arbeitende Bevölkerung. Anstatt strukturelle Probleme anzugehen, setzt er auf Pauschalkritik und Maßnahmen wie die Aktivrente, die faktisch auf längeres Arbeiten statt auf gerechte Altersvorsorge hinausläuft. Das ist nichts anderes als ein politischer Angriff auf die Arbeitsrealität und Lebensleistung der Menschen in diesem Land. Es wird gezielt die Grenze dessen getestet und verschoben, was im Namen der Wirtschaft gesagt und getan werden darf.

Für die Arbeiterbewegung, für die Gewerkschaften, Arbeitnehmerververtretungen und linken Parteien kann die Antwort nur sein, sich neu aufzustellen, Menschen allen Alters zu erreichen und soziale Gerechtigkeit in einer digitalisierten und transformierenden Arbeitswelt zu sichern. Dabei gilt es, die Ängste und Sorgen der Beschäftigten auf Wohlstands- und Statusverlust nicht kleinzureden, sondern stattdessen auf die eigenen Fahnen zu schreiben und konkrete Lösungen zu finden, zu kommunizieren und umzusetzen.

Für uns ist klar: Nicht die Menschen arbeiten zu wenig, sondern die Politik schützt ihre Rechte zu wenig. Statt Druck auf Beschäftigte braucht es endlich Druck auf die im Kreis ansässigen Konzerne und ihre Tochterfirmen, faire Löhne zu zahlen, Tarifverträge einzuhalten und Steuern zu leisten.

Die Überwindung des öffentlichen Investitionsstaus und ein Ausbau öffentlicher Beschäftigung ist überfällig. Es erfordert eine gezielte Industrie- und Dienstleistungsstrategie, um De-Industrialisierung zu verhindern und Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe, im Handel und in anderen Dienstleistungsbereichen zu sichern.

Der Kreis muss mit gutem Beispiel vorangehen: Als öffentlicher Arbeitgeber sind faire Löhne, verlässliche Arbeitszeiten und ausreichend Personal unerlässlich, besonders in Bereichen wie Pflege, Verwaltung und Daseinsvorsorge. Gerade in der Pflege leisten Beschäftigte unverzichtbare Arbeit, welche endlich besser entlohnt und organisiert werden muss.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss der Kreis soziale und ökologische Mindeststandards durchsetzen. Unternehmen, die tarifgerecht zahlen, ausbilden und verantwortungsvoll handeln, sollen bevorzugt werden. Dadurch würde die Attraktivität der Region für junge Fachkräfte steigen und Landflucht vermieden.

In der Bergstraße liegt die Investitionsquote der Industrie (also das Verhältnis von Investitionen zur Bruttowertschöpfung) bei nur 4,9 %. Der bundesweite Durchschnitt beträgt 8,8 %. Diese Investitionslücke hat weitreichende Folgen:

Es entstehen zu wenige wohnortnahe Arbeitsplätze. Viele Menschen sind gezwungen, täglich in nahe Ballungszentren zu pendeln oder gleich ganz wegzuziehen. Dadurch verliert der Kreis wichtige Einnahmen, was die kommunale Finanzlage weiter verschärft. Gleichzeitig steigt der Druck auf den ohnehin unterfinanzierten öffentlichen Nahverkehr, der das Auto vielerorts noch nicht ersetzen kann. Dies belastet die Anstrengungen im Klimaschutz und schränkt die Lebensqualität ein.

Die Linke Bergstraße fordert deshalb eine gezielte Ansiedlungsförderung für gemeinwohlorientierte Unternehmen, Ausbildungsbetriebe sowie eine nachhaltige Entwicklung von Gewerbeflächen. Außerdem müssen im Kreis mehr außerbetriebliche Ausbildungsstätten angesiedelt werden, um jungen Menschen eine verlässliche Perspektive zu bieten und dem Fachkräftemangel zu begegnen. Auszubildende brauchen eine durchsetzungsfähige Vertretung ihrer Rechte in Betrieben, eine funktionierende Infrastruktur und angemessenen Wohnraum (siehe Wohnen).

Neben Fachkräften und neuen Arbeitsplätzen braucht es einen Fokus auf moderne Arbeitsformen. Flexible gemeinsame Arbeitsorte (Co-Working-Spaces) und digitale Arbeitsmöglichkeiten müssen ausgebaut werden, insbesondere im ländlichen Raum.

Die Förderung von genossenschaftlicher, solidarischer, sowie ökologischer Landwirtschaft und der Ausbau erneuerbarer Energien, schafft Arbeitsplätze und steigert die Unabhängigkeit der Gemeinden. Kleine Betriebe sollen durch einfache Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude breiter gefächerte Entwicklungsmöglichkeiten erhalten.

Während im westlichen Teil des Landkreises die Mieten für die begehrten Gewerberäume steigen, schließen im ländlicheren östlichen Teil immer mehr Bankfilialen, Poststellen, Apotheken und Läden, weil sie nicht mehr rentabel sind. Um diesem Rückzug der Infrastruktur entgegenzuwirken, braucht es gezielte Unterstützung für lokale Einzelhändler und Initiativen. Dorfzentren müssen multifunktional gedacht werden, mit flexibler Nutzung durch verschiedene Gewerbe, Dienstleister und soziale Angebote. Ergänzend dazu sollten mobile Versorgungseinheiten regelmäßig die noch unterversorgten Orte im Kreis anfahren.

Nicht zuletzt braucht es eine neue Perspektive für Menschen ohne Arbeit. Rund ein Drittel der Arbeitslosen im Kreis sind seit über einem Jahr ohne Beschäftigung. Diese Gruppe darf nicht weiter abgehängt werden. Statt die Menschen mit überbordender Bürokratie zu beschäftigen, fordern wir echte Qualifizierungsmöglichkeiten, welche auf das Stellenangebot im Kreis Bergstraße zugeschnitten sind, ein Angebot an qualifizierter Kinderbetreuung,

welches die langen Pendelwege und Arbeitszeiten berücksichtigt und mehr Unterstützung für pflegende Angehörige.

Die arbeits- & wirtschaftspolitischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- **Druck auf Konzerne erhöhen:** Faire Löhne, Einhaltung von Tarifverträgen und Steuerleistung von Konzernen
- Mit **öffentlichen Investitionen** Arbeitsplätze sichern und Beschäftigung ausbauen
- **Gezielte Ansiedlungsförderung:** Unternehmen mit Gemeinwohlorientierung und Ausbildungsbetriebe fördern sowie eine nachhaltige Entwicklung von Gewerbeflächen vorantreiben.
- **Moderne Arbeitsformen ermöglichen:** Gemeinsame Arbeitsorte (Co-Working-Spaces), Startup Hubs und Breitbandausbau
- **Nachhaltige Wirtschaft fördern:** Ökologische Landwirtschaft sowie den Ausbau erneuerbarer Energien fördern.
- **Infrastruktur im ländlichen Raum sichern:** Gezielte Unterstützung für lokale Einzelhändler und Initiativen zur Erhaltung von notwendiger Infrastruktur
- **Multifunktionale Dorfzentren entwickeln:** Dorfzentren mit flexibler Nutzung für Gewerbe, Dienstleister und soziale Angebote schaffen und mobile Versorgungseinheiten für abgelegene Orte einrichten
- **Kreis als vorbildlicher Arbeitgeber:** Faire Löhne, verlässliche Arbeitszeiten und ausreichend Personal in öffentlichen Bereichen wie Pflege, Verwaltung und Daseinsvorsorge
- **Soziale und ökologische Mindeststandards bei öffentlichen Aufträgen:** Unternehmen bevorzugen, die tarifgerecht zahlen, ausbilden und verantwortungsvoll handeln
- **Neue Perspektive für Menschen in Sozialleistungsbezug:** Respekt statt Sanktionen, Gezielte Förderung benachteiligter Gruppen, Ausbau von Sprach- & Weiterbildungskursen, Abschaffung von Arbeitsverboten für Geflüchtete

Für eine Mobilität, die verbindet

Mobilität ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Daher setzt sich **Die Linke Bergstraße** für Verkehrskonzepte ein, die alle Menschen mobil machen. Besonders im Kreis Bergstraße ist Mobilität für viele Menschen existenziell wichtig: 51 % pendeln zur Arbeit, deutlich mehr als im Bundesschnitt (40 %). Hinzu kommen Selbstständige, Auszubildende und Transporte. Ein gutes Verkehrskonzept ist darum gleichzeitig ein entscheidender Standortfaktor für die Wirtschaft.

Die Zahl der Berufspendler im Kreis Bergstraße hat im vorletzten Jahr 140 000 überschritten, ein Anstieg von 19 % in den letzten 10 Jahren. Für ihren täglichen Weg nutzen hier 82 % einen PKW, bundesweit 65 %. Folglich hat sich das Verkehrsaufkommen auf den Straßen spürbar erhöht. **Die Linke Bergstraße** setzt sich für eine Entlastung intensiv befahrener Straßen ein. Das wollen wir erreichen, indem wir Alternativen zum motorisierten Individualverkehr stärken, sowie durch Umgehungsstraßen, wo sie wirklich nötig sind.

Am günstigsten, zeitsparenden und ökologischsten ist der Verkehr, der gar nicht erst entsteht. Wenn Geschäfte, Kitas und andere Infrastruktur wohnortnah vorhanden sind, können die Bewohner*innen sich in ihrem Alltag viele Strecken sparen. Deshalb betrachten wir die Verkehrswende immer in Kombination mit einer sozialen und ökologischen Entwicklung unserer Gemeinden. Während das in einigen Gebieten, beispielsweise Viernheim, gut umgesetzt ist, stellen wir bedauerlicherweise in vielen kleinen ländlichen Gemeinden eine gegenteilige Entwicklung fest. In ländlichen Gemeindevertretungen wollen wir den Abbau von Infrastruktur verhindern.

Guter Nahverkehr ist ein zentraler Bestandteil einer lebenswerten Kommune. **Die Linke Bergstraße** setzt sich dafür ein, dass es genug Geld von Land und Bund gibt, damit ein gutes Angebot mit fairen Löhnen für die Beschäftigten möglich ist. Öffentlicher Nahverkehr ist eine Daueraufgabe, die auch dauerhaft finanziert werden muss. Je mehr Einwohner den Nahverkehr nutzen, desto mehr tragen Ticketerlöse direkt zur Finanzierung bei. Zunächst muss aber ein angemessenes Angebot geschaffen werden. Kurzfristige Fördertöpfe, welche viel Bürokratie erfordern, sind keine Lösung.

Attraktive Busse

Busverbindungen müssen regelmäßig, zuverlässig und schnell sein. Nur dann stellen sie ein attraktives Angebot im ländlichen Raum dar. **Die Linke Bergstraße** tritt deshalb für einen planbaren mindestens stündlichen Takt ein. Überall, wo sich PKW stauen, ist eine 20-minütige Taktung sinnvoll, um die Fahrbahn zu entlasten. Mit P&R und sicheren Fahrradstellplätzen können

Reisende aus entlegenen Dörfern wenigstens Teilstrecken mit dem Bus zurücklegen und so Fahrzeug und Geldbeutel schonen. Angebote wie Anrufsammeltaxen oder On-Demand Shuttle, sollen zur Angebotsverdichtung oder zur Anbindung entlegener Kleinsiedlungen genutzt werden, aber nicht um bestehende Busangebote oder einen nötigen Grundtakt zu ersetzen.

Faire Fahrpreise

Insgesamt wollen wir den öffentlichen Personennahverkehr so attraktiv und preisgünstig machen, dass er von möglichst vielen Menschen genutzt werden kann und wird. Die Nutzung des ÖPNV muss günstiger sein als ein PKW. Perspektivisch will **Die Linke Bergstraße** den fahrscheinlosen ÖPNV erreichen. Das Deutschlandticket ist dafür ein wichtiger Schritt. Es hat viele unübersichtliche Tarife bereits überflüssig gemacht, was insbesondere im Kreis Bergstraße als Grenzgebiet mehrerer Verbundsysteme Kauf und Nutzung enorm vereinfacht. Das Deutschlandticket soll dauerhaft günstiger werden.

Einige Personengruppen erhalten bereits preiswertere Dauerkarten:

Kinder unter 5 Jahren nutzen den ÖPNV ohne Fahrschein

Schüler*innen: Hessenweites Schülerticket, bei weitem Schulweg komplette Kostenübernahme durch den Kreis Bergstraße

Ältere Menschen: Hessenweites RMV-Seniorenticket

Haushalte mit geringem Einkommen: deutschlandweites Hessen-Sozialticket

Wir streben an, den Nahverkehr für finanziell schwache Gruppen weiter zu vergünstigen und langfristig kostenfrei zu gestalten.

Bahnhöfe als Mobilitätsstationen

Unsere Bahnhöfe müssen zukünftig sichere und barrierefreie Mobilitätsstationen werden, die zum Einsteigen und Umsteigen einladen. Oft sind es die letzten Kilometer von einem relativ gut angebundenen Bahnhof in die Nachbargemeinde, die nicht mehr schnell und bequem im Umweltverbund zurückgelegt werden können. Zu solchen Mobilitätsstationen gehören trockene und saubere Plattformen mit Überdachung, Sitzmöglichkeiten, ausreichend Mülleimer, barrierefreie Toiletten, ausreichend Fahrradstellplätze. Auch öffentliche Sharing-Angebote für (Lasten-)Fahrräder und PKW müssen Standard an Bahnhöfen werden.

Sicherer Fuß- und Radverkehr

Der Fuß- und Radverkehr muss sicher sein! Notwendig sind ausreichend breite Wege für Fußgänger und Radfahrer, ein Schnell-Radwegenetz sowie ein Radwegeplan, der die Gemeinden so verbindet, dass Radfahrer auf beschilderten Nebenstraßen durchfahren können. Wo das nicht möglich ist,

muss der Rad- und Fußweg auf Bundesstraßen gekennzeichnet werden und das Tempo in gefährlichen Bereichen reduziert werden. Radfahrer dürfen nicht weiter auf gefährlich schmale Bereiche zwischen parkenden und rasenden PKW gedrängt werden. Mit einer angepassten Ampelschaltung bleibt die Leistungsfähigkeit der Straßen sogar bei einer Tempoabsenkung auf 30 km/h nachweislich erhalten. Tempo 30 reduziert nicht nur Lärm- und Abgasbelastung, sondern vermindert auch das PKW-Aufkommen und das Unfallrisiko. Aber auch ohne Geschwindigkeitsbegrenzung wollen wir den Verkehr durch gezielte Straßenführungsmaßnahmen wie Einbahnstraßen, Versätze oder Blumenkübel beruhigen.

Die verkehrspolitischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- **Verkehrswende & Straßenentlastung:** Entlastung intensiv befahrener Straßen, Stärkung von Alternativen zum motorisierten Individualverkehr, Bau von Umgehungsstraßen, wo sie wirklich nötig sind, Abbau von Infrastruktur in ländlichen Gemeinden verhindern
- **Öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV) ausbauen:** Finanzierung des ÖPNV durch Bund und Land, Kostenfreiheit für Kinder, Schüler*innen, Senioren und Haushalte mit geringem Einkommen, zuverlässige Busverbindungen, Sammeltaxis zur Angebotsverdichtung, Bahnhöfe sichern und zu barrierefreien Mobilitätsstationen ausbauen, Einführung eines Fahrgastbeirats, Deutschlandticket dauerhaft günstiger gestalten
- **Fuß- und Radverkehr:** Sicherheit im Fuß- und Radverkehr gewährleisten, Aufbau eines Schnell-Radwegenetzes, Tempo in gefährlichen Bereichen reduzieren, Verkehrsberuhigung durch gezielte Straßenführungsmaßnahmen

Wohnen ist Menschenrecht

Die Linke Bergstraße betrachtet Wohnen als Grundrecht und damit als soziale Herausforderung für alle Städte im Kreis Bergstraße.

Die Situation am Wohnungsmarkt stellt auch die Menschen im Kreis Bergstraße vor große Herausforderungen. Steigende Mieten und ein bestehendes Wohnungsdefizit gehen einher mit einem relativ hohen Anteil älterer, sanierungsbedürftiger Wohnungen. Außerdem wächst auch hier die Zahl der Haushalte, die auf staatliche Unterstützung für Unterkunftskosten angewiesen sind.

Aus sozialpolitischer Sicht sind besonders Haushalte mit geringem Einkommen, ältere Menschen, Alleinerziehende und Menschen mit Fluchthintergrund gefährdet.

Dringend nötig sind ein beschleunigter, sozial gebundener Neubau als auch Maßnahmen zur Bestandssicherung (barrierefreie Modernisierung, energetische Sanierung) und gezielte soziale Hilfe.

Den jetzt schon hohen Mieten von durchschnittlich über 10 Euro pro Quadratmeter muss dringend entgegengewirkt werden. Durch die gemischte ländliche Struktur des Kreises Bergstraße, Ried, Bergstraße und Odenwald, gibt es erhebliche Unterschiede bei den Mietpreisen. Bewegen sich im Odenwald die Mieten bei ca. 8 Euro pro Quadratmeter, so werden an der Bergstraße, insbesondere in Bensheim, mittlerweile Mieten von bis zu 12 Euro pro Quadratmeter aufgerufen. Außerdem hat der Bestand an Wohnungen mit Sozialbindung im Kreis Bergstraße erheblich abgenommen, Menschen mit Wohnberechtigungsschein müssen dadurch am Wohnungsmarkt gegeneinander in einen Wettbewerb treten.

Eine etwas widersprüchliche Situation zeigt sich bei den Leerständen. Auf der einen Seite gibt es geschätzt ca. 5000 leerstehende Wohnungen im Kreis Bergstraße, auf der anderen Seite fehlt es an günstigen Mietwohnungen. Bei statistischen Untersuchungen wurde festgestellt, dass 60% dieser Wohnungen schon länger als ein Jahr leer stehen. Diese Wohnungen sind in der Regel als für den Wohnungsmarkt verloren anzusehen. Schätzungen zufolge werden im Kreis Bergstraße ca. 1000 neue Wohnungen jährlich benötigt. Mit einer Reaktivierung von Leerständen könnte für eine spürbare Entlastung des Wohnungsmarktes gesorgt werden.

Zurzeit sind im Kreis Bergstraße keine größeren Neubaugebiete in Planung. Im Wesentlichen konzentriert sich die Bebauungsplanung auf Brachflächen und auf Verdichtung der Städte und Gemeinden. Hier ist also keine kurzfristige

Entlastung des Mietwohnungsmarktes zu erwarten. Zumal sich die Bautätigkeit weitgehend auf lukrative Eigenheime und Eigentumswohnungen konzentriert.

Die wohnungspolitischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- Die Städte und Kommunen im Kreis Bergstraße sollen, in Gebieten mit überdurchschnittlich Hohen Mieten eine **Mietpreisbremse einführen**, um für bezahlbare Mieten zu sorgen.
- Bei Neubauten und Modernisierungen von Wohnungen ist für eine deutliche **höhere Quote an sozial gebundenen Wohnungen** zu sorgen.
- Vorrang von **altersgerechtem Wohnungsbau** z.B. durch Mehrgenerationenprojekten vor profitorientierten Eigentumswohnungen.
- Die **kommunale Beratungseinrichtungen für genossenschaftliches Bauen** stärken bzw. auszuweiten. Insbesondere im Bereich privater Baugenossenschaften besteht ein erhöhter Beratungsbedarf.
- Die Städte und Gemeinden im Kreis Bergstraße sollen geeignete Maßnahmen ergreifen, um dem hohen **Wohnungsleerstand entgegenzuwirken**. Als beispielhaft begrüßen wir hier die Initiative der Stadt Viernheim „Vermiete doch an die Stadt“ die in kurzer Zeit über 100 Wohnungen für den Wohnungsmarkt als Mietwohnungen mobilisieren konnte.
- Aufbau einer „Kommunalen Koordinationsstelle: Wohnen“ im Kreis Bergstraße, die mit den spezialisierten Anbietern, wie dem psychosozialen Hilfsverein, der Diakonie Bergstraße, der Caritas oder der AWO Bergstraße zusammenarbeitet. Gerade der Kreis Bergstraße könnte von solch einer Stelle stark profitieren.
- Die Städte und Gemeinden im Kreis Bergstraße sollen langfristig **keine Baugrundstücke mehr verkaufen**, sondern die Grundstücke im Eigentum zu behalten und über langfristige Pachtverträge an Bauwillige zu verpachten. Dies würde die Grundstücke dem Spekulationsmarkt entziehen und langfristig für günstigere Mietpreise sorgen.

Ergänzende Informationen zur Kommunalen Koordinationsstelle Wohnen

Eine kommunale Koordinationsstelle dient als zentrale Schnittstelle zwischen Kommune, Wohnungswirtschaft, Sozialverwaltung und Politik.

Typische Aufgaben sind:

- **Strategische Steuerung und Planung**
 - Ermittlung von Wohnraumbedarfen, z. B. für Familien, Senioren, Geringverdiener, Geflüchtete
 - Erstellung von Wohnraumkonzepten und regelmäßigen Monitorings.
 - Flächenmanagement: Welche Flächen eignen sich für Wohnungsbau?
- **Koordination von Akteuren**
 - Zusammenarbeit mit:
 - Wohnungsunternehmen / Genossenschaften
 - Investoren / Bauträgern
 - Sozial- und Jugendamt
 - Jobcenter / Integrationsstellen
 - Wohlfahrtsverbänden und Initiativen
 - Moderation von Arbeitsgruppen, Runden Tischen, Projektteams
- **Förderung und Finanzierung**
 - Beantragung von Landes- und Bundesfördermitteln
 - Beratung von Trägern und Eigentümern zu Förderprogrammen
 - Sicherstellung der Sozialbindung von Wohnungen.
- **Bestandssicherung & soziale Wohnpolitik**
 - Vermeidung von Wohnungsverlust, Prävention von Wohnungslosigkeit
 - Unterstützung bei Mietkonflikten ggf. in Verzahnung mit Sozialarbeit
 - Förderung der Barrierefreiheit und Modernisierung im Bestand
- **Projektentwicklung & Umsetzungsmanagement**
 - Begleitung von Neubauprojekten vom Konzept bis zur Vergabe
 - Einführung von Quoten z. B. 30 % geförderter Wohnraum
 - Entwicklung innovativer Wohnformen z. B. generationenübergreifend, Baugruppen, Genossenschaften
- **Öffentlichkeitsarbeit & Transparenz**
 - Bereitstellung von Informationen für Politik und Bürgerschaft
 - Berichte, Jahresmonitorings, Online-Wohnraumbörsen

Gesundheit sichern – wohnortnah und solidarisch

Niedergelassene Versorgung

Die Linke Bergstraße steht für eine Versorgung aller in gleicher Qualität ein, doch besonders in den ländlichen Bereichen des Kreises dauert eine Terminvergabe ewig. Privatversicherte werden bevorzugt. Wir setzen uns für mehr niedergelassene Kassen-Ärzte im Landkreis ein, mit Prämien beim Öffnen von Praxen. Außerdem sollte der Kreis die Öffnungen von MVZ (Medizinisches Versorgungszentrum) fördern

Ärztlicher Bereitschaftsdienst

Sobald der niedergelassene Hausarzt nicht mehr erreichbar ist, sollte der Ärztliche Bereitschaftsdienst erreichbar sein. **Die Linke Bergstraße** setzt sich nicht nur gegen den Abbau von Praxen des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes ein, sondern ein für einen Wiederaufbau dieser.

Kinder

Im Landkreis gibt es keine Kinderklinik, sodass bei Notfällen unsere Kinder erst in den weiter gelegenen Städten fachgerechte Versorgung bekommen. **Die Linke Bergstraße** setzt sich für einen pädiatrischen Rettungswagen im Landkreis an, um Versorgungen unserer Kinder zu verbessern. Ein pädiatrischer ÄBD Standort ist zu eröffnen.

Zudem soll Gesundheit, besonders das Thema Prävention, in der Schule als Projektwoche thematisiert werden.

Leben im Alter

Jeder hat das Recht auf würdevolles Leben im Alter, ob man sich entscheidet, in der eigenen Wohnung zu bleiben oder sich in einem Seniorenheim niederzulassen. **Die Linke Bergstraße** unterstützt solidarisch die selbstbestimmte Entscheidung der Mitmenschen. Diese sind zu unterstützen durch Prämien von Umbau der Wohnungen und gedeckelte Preise beim Senioren-Heim.

Unsere Position zu Mehrparteienwohnkonzepten siehe im Teil Wohnen.

Pflegende Angehörige

Pflegearbeit ist echte Arbeit. Pflegende Angehörige leisten täglich Enormes, oft ohne ausreichende Unterstützung. **Die Linke Bergstraße** setzt sich für eine Stärkung und bessere Ausstattung des Pflegestützpunkts im Landkreis ein. Das

bestehende Angebot muss ausgebaut, besser beworben und für alle Betroffenen leichter zugänglich gemacht werden.

Die gesundheitspolitischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- Der Gesundheitsausschuss soll die aktuelle Situation der kassenärztlichen Versorgung im Kreis Bergstraße auswerten und ein gezieltes Konzept erarbeiten, mit welchen Anreizen eine flächendeckende Versorgung in allen Städten und Gemeinden realisiert werden kann. Versorgungslücken sollen durch kommunale Medizinische Versorgungszentren geschlossen werden.
- Die Gesundheitsversorgung, insbesondere das Kreiskrankenhaus, soll schrittweise in die öffentliche Hand zurückgeführt werden. So können die vorgesehenen Landesmittel zur Finanzierung der Gesundheitsversorgung voll ausgeschöpft und die kassenärztliche Versorgung nachhaltig gesichert werden.
- Die Rettungsdienste sollen mit Pädiatrische Rettungswagen ausgestattet werden, um die Notfallversorgung von Kindern auf dem weiten Weg zur nächsten Kinderklinik sicherzustellen.
- Ältere Menschen und Angehörige sollen beim altersgerechten Umbau von Wohnungen unterstützt und die Kosten für Senioren-Heime auf ein angemessenes Niveau gedeckelt werden.
- Der Pflegestützpunkt soll ausgebaut werden. Ziel ist es, dass alle pflegenden Angehörigen über das Angebot informiert werden und das Angebot unkompliziert nutzen können.

Bildung für alle – gerecht, inklusiv & lebenslang

Die Linke Bergstraße fordert freie Bildung für alle!

Bildung darf nicht vom Wohnort, sozialen Hintergrund oder Einkommen abhängen! Daher braucht es flächendeckend ausreichend Kitaplätze – mit besserer Bezahlung und Entlastung für Erzieher*innen und pädagogische Fachkräfte. Schulen brauchen Gebäude, die nicht bröckeln, sondern Raum, moderne Ausstattung und Gestaltung bieten. Auch pädagogische Fachkraftarbeit an Schulen, Schulpsychologie und das Ganztagsangebot müssen gesichert und ausgebaut werden. Die Aus- & Weiterbildung im Kreis muss verbessert werden.

„Bildung für alle“ bedeutet: Kostenlose Krippenplätze für alle, kostenfreie Kindergärten für alle, schulische Bildung für alle ohne versteckte Kosten (z.B. Für Klassenfahrten, gutes Unterrichtsmaterial, etc.) und vergütete Ausbildung, egal ob schulisch oder dual, ob betrieblich oder universitär.

Frühkindliche Bildung – Grundlagen schaffen

In der frühkindlichen Bildung fordert **Die Linke Bergstraße** den konsequenten Ausbau von Einrichtungen, in denen eine qualifizierte Förderung durch ausreichendes pädagogisches Fachpersonal für alle Altersgruppen gewährleistet ist. Den Einsatz von Nicht-Fachkräften zur Erfüllung des gesetzlichen Anspruchs auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege lehnen wir ab. Die Ausbildung und die Bezahlung von Erzieher/Innen und pädagogischen Fachkräften müssen angehoben, die Aus- und Fortbildung verbessert werden. Die Übernahme der Kosten, die für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren anfallen, muss erleichtert werden, denn eine adäquate Frühförderung darf nicht am Geldbeutel oder bürokratischem Aufwand oder Wissen scheitern.

Die Linke Bergstraße setzt sich dafür ein, dass alle Kinder einen Krippen- und Kitaplatz erhalten. Nur so kann die frühkindliche Bildung eine hinreichende Grundlage für den Schulstart und die allgemeine Entwicklung aller Kinder aufbauen.

Schulbildung – Gemeinsamkeit stärken

Schulbildungspolitik ist vorwiegend Ländersache, doch Kommunen gestalten mit - durch Festlegung von Schulformen, räumliche und sachliche Ausstattung sowie durch Personal im betreuenden, verwaltenden und technischen Bereich.

Die Möglichkeiten des Schulentwicklungsplans, müssen daher konsequent zur richtigen Weichenstellung und zur Chancengleichheit genutzt werden.

Die Linke Bergstraße steht für ein Schulkonzept, das nicht auf Auslese, sondern auf gemeinsames Lernen und individuelle Förderung setzt. Wir unterstützen jeden Schritt, der das mehrgliedrige Schulsystem durch schulformübergreifende integrierte Gesamtschulen ersetzt.

Die von der EU geforderte Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung muss durch bessere personelle, räumliche und finanzielle Ausstattung der Schulen und des Schulamts unterstützt werden.

Die Linke Bergstraße macht sich stark für eine Umgestaltung der Eingliederungshilfen für junge Menschen. Neben dem individuellen Bedarf muss Eingliederungshilfe als fester Bestandteil von Schule gedacht und organisiert werden, um eine tatsächliche Eingliederung zu gewährleisten und schnelle individuell-passende Hilfen zu ermöglichen. Die derzeitige Ausgestaltung der Eingliederungshilfen über die freie Trägerlandschaft ist intransparent, dysfunktional und labil und muss überarbeitet werden. Kürzungen im Bereich der Bildung sind inakzeptabel und gefährden die Entwicklung der jungen Menschen.

Immer wichtiger und umfangreicher werden die Aufgaben von Schulsozialarbeitern, Schulpsychologen und multiprofessionellen Teams, die Schüler, die von Bildungsungerechtigkeit oder Entwicklungskrisen gefährdet sind, beraten und unterstützen können und präventiv arbeiten sollen. In der schulischen Bildung erleben wir aber eine zunehmende Zersplitterung pädagogischer Arbeit. Viele sozialpädagogische, psychologische und unterstützende Fachkräfte sind nur mit kleinen Teilzeitstellen an Schulen beschäftigt oder müssen mehrere Schulen gleichzeitig betreuen. Dadurch fehlt die Zeit für nachhaltige, vorbeugende Arbeit und Beziehungsaufbau und multiprofessionelle Absprachen – stattdessen bleibt oft nur Raum für Krisenmanagement. Die Besetzung der offenen Stellen wird hierdurch erschwert und für längerfristige, nachhaltige multiprofessionelle Einzelfallbetreuung fehlt fast immer die Zeit.

Die Linke Bergstraße fordert: größere, verlässlich finanzierte Stellen in multiprofessionellen Teams an jeder Schule, damit sozialpädagogische, psychologische und sonderpädagogische Unterstützung kontinuierlich und nachhaltig wirken kann. Das Programm „HELP – Soziale Arbeit an Schulen“ muss erweitert werden.

Zur ausreichenden räumlichen und sachlichen Ausstattung von Ganztagschulen gehört eine qualifizierte Nachmittagsbetreuung genauso wie kostenloses frisch gekochtes gesundes Essen. Kinder und Jugendlichen aus Familien, die auf Bürgergeld, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen,

Kinderzuschlag oder Wohngeld angewiesen sind, darf der Zugang zur finanziellen Unterstützung nicht durch bürokratische Hürden erschwert werden. Der Zugang zu Leistungen für Bildung und Teilhabe muss erleichtert und beschleunigt werden. Das Projekt „Pakt am Nachmittag“ lehnt **Die Linke Bergstraße** in der jetzigen Form ab. Schulen mit Nachmittagsangebot sind kein adäquater Ersatz für echte Ganztagschulen, in denen Bildung, Betreuung und Lernen eng verzahnt werden. Versteckte Bildungskosten darf es nicht geben.

Wir vertreten die Auffassung, dass Chancengleichheit für alle zurzeit so nicht gegeben ist. Wir fordern eine grundsätzliche Überarbeitung des Schulentwicklungsplans, inklusive einer Digitalstrategie 2.0. Trotz immenser finanzieller Mittel für die digitale Infrastruktur sind die Ausstattung und die Nutzbarkeit für Schulpersonal und Schüler*Innen, sowie die pädagogische Einbindung in den Schulalltag mangelhaft. Eine Digitalstrategie 2.0 muss sich diesen Problemen aktiv stellen und sie, so gut wie möglich, beseitigen. Zum Beispiel durch ein nachhaltiges Finanzierungskonzept mit Fokus auf Open-Source-Modelle, statt teurer Lizenz- und Leasing-Modelle und durch Erziehung zur digitalen Mündigkeit statt eines Verbots digitaler Endgeräte in Ermangelung einer tatsächlichen pädagogischen Strategie. Darüber hinaus braucht es mehr politische Bildung und echte Mitgestaltungsmöglichkeiten für junge Menschen. Demokratische Beteiligung gelingt nur, wenn junge Menschen gehört werden und ihre Interessen bei kommunalen Entscheidungen einfließen können.

Die Linke Bergstraße macht klar, dass Schulen sich nicht aus der demokratischen Bildung zurückziehen dürfen, sondern diese in Anbetracht der Ausbreitung extremistischer „Meinungen“ engagiert und politisch pointiert gestalten müssen. Ein falsch verstandenes Neutralitätsgebot darf demokratische wertorientierte Bildung nicht verunmöglichen.

Außerschulische Bildung – Gesellschaft leben

Die außerschulische Bildung ist ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Die Wahrnehmung sportlicher und kultureller Angebote, und von Freizeitangeboten, beispielsweise in Vereinen, Stadtbüchereien, Musikschulen sowie außerschulische Bildungsförderung dürfen kein Luxus für wohlhabende Familien sein. Diese Angebote gehören zur freien Entfaltung aller und müssen für alle möglich sein.

Die Linke Bergstraße fordert, dass diese Angebote durch öffentliche Mittel besser und ausgewogener gefördert und für alle zugänglich gemacht werden.

Ausbildung – Übergänge gestalten

Jeder Ausbildungsweg wird gebraucht! **Die Linke Bergstraße** setzt sich dafür ein, dass individuelle Ausbildung unabhängig vom Geldbeutel oder

Bildungshintergrund gestärkt wird. Gerade junge Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss brauchen Chancen und Perspektiven.

Berufsorientierungsangebote, wie beispielsweise Praktika und Förderprogramme, und Stellen der Berufsorientierung leisten einen wichtigen Beitrag für den Übergang zwischen Schule und Ausbildung. Wir fordern den Ausbau und die Weiterentwicklung von Berufsvorbereitungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, der betreffenden Stellen sowie die Übernahme aller Ausbildungskosten durch öffentliche Mittel, damit kein junger Mensch auf dem Weg in den eigenen Beruf verloren geht. **Die Linke Bergstraße** setzt in Anbetracht des flächendeckenden Fehlens von Erzieher*Innen und pädagogischen Fachkräften in allen Bildungsinstitutionen auf eine Ausbildungsplatzförderung für die entsprechenden Ausbildungen. Vorhandene Ausbildungsplatzförderprogramme des Bundes, des Landes und des Kreises müssen im Kreis aktiv beworben werden.

Fort- & Weiterbildung – lebenslang lernen

Die Fort- und Weiterbildung muss für alle möglich sein! Die Gebühren der Fort- und Weiterbildung müssen, dort wo dies möglich ist, durch Mittel des Kreises gesenkt werden. **Die Linke Bergstraße** fordert die grundsätzliche Halbierung der entsprechenden Gebühren für alle, die Sozialleistungen empfangen - Bei erfolgreicher Teilnahme sind die Gebühren sogar ganz zu erlassen. Lernmittelfreiheit muss auch für den zweiten Bildungsweg gelten – Gebühren müssen abgeschafft werden. Wir sprechen uns für eine gebührenfreie Erwachsenenbildung und den massiven Ausbau von Weiterbildungsangeboten im Kreis aus.

Die bildungspolitischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- **Kostenfreie Bildung von Anfang an:**
 - Kostenlose Krippen- und Kitaplätze für alle sowie vollständige Gebührenfreiheit in Kitas und Schulen.
 - Keine versteckten Bildungskosten (z. B. für Klassenfahrten, Materialien, Mittagessen).
- **Qualität in der frühkindlichen Bildung sichern:**
 - Ausbau von Krippen- und Kitaplätzen mit ausreichend qualifiziertem Fachpersonal.
 - Keine Absenkung von Standards durch den Einsatz von Nicht-Fachkräften.
 - Verbesserung von Ausbildung, Bezahlung sowie Fort- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte.
- **Chancengleichheit durch kommunale Schulentwicklung:**

- Konsequente Nutzung des Schulentwicklungsplans zur Förderung von Chancengleichheit, zum Abbau von Bildungsungleichheit und zur Stärkung gemeinsamer Lernformen, insbesondere integrierter Gesamtschulen.
- **Inklusion endlich wirksam umsetzen:**
 - Verbesserung der personellen, räumlichen und finanziellen Ausstattung der Schulen für inklusiven Unterricht.
 - Eingliederungshilfen organisiert als fester Bestandteil von Schule – transparent, bedarfsgerecht und verlässlich finanziert.
- **Multiprofessionelle Teams an jeder Schule stärken:**
 - Schaffung größerer, dauerhaft finanzierter Stellen für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und sonderpädagogische Unterstützung.
 - Ausbau des Programms „HELP – Soziale Arbeit an Schulen“.
- **Echte Ganztagschulen ausbauen:**
 - Ganztagschulen mit qualifizierter Betreuung, kostenfreiem frisch gekochtem Essen und pädagogisch sinnvoll verzahnter Bildungsarbeit.
- **Bildungs- und Teilhabeleistungen vereinfachen:**
 - Unbürokratischer, schneller Zugang zu Leistungen für Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien.
- **Digitale Bildung gerecht und sinnvoll gestalten:**
 - Überarbeitung des Schulentwicklungsplans inklusive einer Digitalstrategie 2.0: nachhaltige Finanzierung, Open-Source-Lösungen, bessere Nutzbarkeit sowie pädagogisch sinnvolle Integration digitaler Medien statt reiner Verbotslogik.
- **Demokratische Bildung stärken:**
 - Mehr politische Bildung und echte Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen. Schulen müssen demokratische Werte aktiv vermitteln und sich klar gegen extremistische Ideologien positionieren.
- **Außerschulische Bildung für alle ermöglichen:**
 - Stärkere öffentliche Förderung von Sport-, Kultur- u. Freizeitangeboten, Vereinen, Musikschulen, Stadtbüchereien und außerschulischer Bildungsarbeit unabhängig vom Einkommen der Familien.
- **Ausbildung stärken – niemand darf verloren gehen:**
 - Ausbau von Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und Qualifizierungsmaßnahmen. Übernahme aller Ausbildungskosten durch öffentliche Mittel. Aktive Förderung von Ausbildungsplätzen in pädagogischen Berufen.
- **Fort- und Weiterbildung gebührenfrei machen:**
 - Gebühren-Senkung für Fort- und Weiterbildung, Halbierung für Sozialleistungsbeziehende, vollständiger Erlass bei erfolgreichem Abschluss.
 - Gebührenfreiheit auch für den zweiten Bildungsweg und Ausbau der Erwachsenenbildung im Kreis.

Klimakrise bewältigen und Landwirtschaft zukunftsfähig gestalten

Klimakrise – Verantwortung übernehmen

Die Klimakrise ist keine Naturkatastrophe, die über uns hereinbricht und an der wir nichts ändern können, sondern eine von Menschen erzeugte Verschiebung globaler klimatischer Vorgänge, ausgelöst durch einen rasanten Anstieg der Temperatur auf der Erde.

Wenn die Staaten mit ihrer aktuellen Klimapolitik so weiter verfahren wie bisher wird eine globale Erwärmung von 2,5 – 3 Grad Celsius bis 2100 prognostiziert.

Es wird zwar oft behauptet, die einzelnen Menschen könnten etwas zur Reduzierung der CO₂ Emissionen beitragen, aber dieses Argument führt in die Irre. Die wesentlichen Treiber der Klimakrise sind folgende multinationale Großkonzerne.

Die größten Emittenten (nach gefördertem CO₂ seit 1965) laut der bekannten **Carbon Majors Database** (z. B. Richard Heede / CDP):

Rang	Unternehmen (Staat / privat)	Rohstoff
1	Saudi Aramco (Saudi-Arabien, staatlich)	Öl & Gas
2	Chevron (USA)	Öl & Gas
3	Gazprom (Russland, staatlich)	Gas
4	ExxonMobil (USA)	Öl & Gas
5	BP (UK)	Öl & Gas
6	Royal Dutch Shell (NL/UK)	Öl & Gas
7	Coal India (Indien, staatlich)	Kohle
8	Pemex (Mexiko, staatlich)	Öl & Gas
9	ConocoPhillips (USA)	Öl & Gas
10	PetroChina / CNPC (China, staatlich)	Öl & Gas

Diese wenigen Konzerne sind allein für **über 30 %** der industriellen CO₂-Emissionen seit 1965 verantwortlich!

Ebenso ungleich verteilt sind die Verursacher von klimaschädlichen Emissionen. Hier zeigt sich klar, je reicher die Menschen sind, desto ausgeprägter ist ihr Konsumverhalten und damit auch ihre CO₂ Emission.

Das reichste 1% der Weltbevölkerung verursacht ca. 15 – 20% der weltweiten CO2 Emissionen. Und die reichsten 10% der Menschheit verursachen ca. 50% der weltweiten klimaschädlichen Emissionen. Die ärmsten Menschen der Welt tragen also kaum zur globalen Erwärmung bei und leiden doch am meisten unter den auftretenden Folgen.

Ähnlich ist die Entwicklung bei den Staaten. Die reichsten Staaten verursachen die meisten CO2 Emissionen und die ärmsten am wenigsten. Wir können also festhalten: die Klimakrise ist in erster Linie ein Konsumproblem bzw. ein wirtschaftliches Problem, also ein Problem des Kapitalismus. Eine radikale Lösung dieses Problems würde bedeuten kapitalistische Prinzipien zurückzufahren, eine Abkehr vom Mantra des ewigen Wachstums hin zu einer bedarfsorientierten Wirtschaftsweise und einer solidarischen Gesellschaft.

Deshalb fordert **Die Linke Bergstraße** Ökosozialismus (auch *ökologischer Sozialismus*) als eine politische und gesellschaftliche Philosophie, die **Umweltschutz mit sozialer Gerechtigkeit verbindet**. Eine Gesellschaft, in der **Mensch und Natur im Einklang stehen**, ökologische Grenzen respektiert werden und niemand ausgebeutet wird – weder Menschen noch Umwelt.

Auch wenn wir als einzelne Menschen möglicherweise nur wenig gegen die Klimakrise ausrichten können, stecken wir doch tief in unseren Lebensrealitäten fest, können wir als Gemeinschaft auf kommunaler Ebene sehr wohl etwas bewirken. Durch geeignete Klimaschutzmaßnahmen können wir dazu beitragen, dass die schwächsten in unserer Gesellschaft nicht am meisten unter den veränderten Klimabedingungen leiden müssen.

Klimaschutz ist nur dann erfolgreich, wenn er fair ist. Das heißt, eine besondere Aufmerksamkeit muss auf Menschen liegen die von Armut betroffen sind und auf benachteiligten Gruppen.

Die umweltpolitischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- **Förderprogramme für energetische Sanierung**, speziell für einkommensschwache Haushalte und sozialen Wohnungsbau
- **Kommunale Solardächer** auf Schulen, Ämtern, Sozialwohnungen
- **Mieterstrom-Modelle** : Solaranlagen auf Mehrfamilienhäusern, Strom günstig an Mieter*innen abgeben
- **Mehr Grünflächen** Parks, Bäume, Dachbegrünung – besonders in Hitze-Hotspots armer Viertel
- **Hitzeschutzkonzepte:** öffentliche Trinkwasserstellen, Kühlräume, Stadtbäume
- **Kreislaufwirtschaft & Reparaturinitiativen:** Repair Cafés, Gebrauchtwarenzentren

- **Wiederverwendung statt Wegwerfen:** Tauschbörsen, Verleihsysteme
- **Bürger*innenräte / Klimaräte** mit sozialer Vielfalt
- **Kooperation mit Vereinen, Migrant*innenorganisationen, Sozialträgern** beim Thema klimapolitische Bildung

Landwirtschaft – Zukunft gestalten

Die Klimakrise betrifft alle Bereiche unseres Lebens. Energieerzeugung, Landwirtschaft, Verkehr und Transport, Wohnen und unsere Arbeitsplätze. Aber keiner beeinflusst unser Leben so unmittelbar wie die Erzeugung von Lebensmitteln. Hinzu kommt, dass rund 30 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen laut einem neuen Bericht der EAT-Lancet-Kommission durch die Nahrungsmittelproduktion entstehen. Deshalb möchten wir hier noch einmal genauer hinschauen.

Heute stehen wir mitten im 6. Massenaussterben der Arten. Und es ist das erste in der Erdgeschichte, dass von Menschen verursacht wird. Unsere Landwirtschaft funktioniert wie alle anderen Lebensbereiche auch nach den Prinzipien des Kapitalismus, nur die Wirtschaftlichkeit zählt. Dies hat zur Folge, dass die Natur unter unserer Landwirtschaft leidet, statt zu wachsen und zu gedeihen.

Der Maisanbau z.B. bringt tote Äcker und tote Böden hervor. Der Einsatz von Pestiziden tötet jedes spontane natürliche Leben erfolgreich ab und spült obendrein noch riesige Gewinne in die Kassen der Chemiekonzerne. Extensive Landwirtschaft erfordert den Einsatz von großen Mengen an chemischen Düngemitteln, da die Böden die Nährstoffmengen nicht auf natürliche Weise regenerieren können. Und durch den Futtermittelanbau für die Tierhaltung werden große Flächen der unmittelbaren Nahrungserzeugung entzogen und über den Umweg der Fleischproduktion bleibt nur noch ein geringer Teil der Erträge von den Feldern als für uns verwertbare Nahrung übrig.

Industrielle Landwirtschaft belastet nicht nur unser Klima durch hohe CO2 Emissionen, sondern zerstört zusätzlich die Fruchtbarkeit unserer Böden und nimmt den Lebewesen wichtigen Lebensraum.

Außerdem wird der Lebensmittelmarkt von wenigen Handelskonzernen dominiert. Die Top 4, Edeka, Schwarz (Lidl), Aldi und Rewe kontrollieren gemeinsam über 80 % des gesamten deutschen Lebensmitteleinzelhandels. Dadurch haben sie große Macht über Preise, Lieferanten und Sortiment.

Und die Agrochemie und Gentechnikkonzerne sorgen dafür, dass es auch so bleibt. Denn in ihrem Interesse ist es, dass alles so weiterläuft wie bisher. Viel schlimmer noch, die hauptsächlichen Verursacher unserer Misere in der Landwirtschaft, die Agrochemie Konzerne, in Deutschland gibt es zwei

dominante Konzerne, Bayer und BASF, bieten jetzt ihre Gentechnik als Rettung vor der Klimakatastrophe an und versuchen Patente auf natürliche Genome zu erlangen oder Saatgutmärkte zu monopolisieren.

Was wir dringend schaffen müssen, ist Ernährungssouveränität. Wir als Verbraucher*innen müssen entscheiden, was wir essen wollen und wie es angebaut werden soll. Das funktioniert aber nur, indem wir unsere regionale Landwirtschaft im Kreis Bergstraße unterstützen und fördern. Denn die Förderung regionaler Landwirtschaft auf Kreisebene ist ein zentraler Hebel um Klimaschutz, Versorgungssicherheit und ländliche Entwicklung gleichzeitig zu stärken. Und um zusätzlich für eine Anpassung der Landwirtschaft an die Auswirkungen der Klimakrise (Hitze, Trockenheit und Extremwetter) zu sorgen.

Ernährungssouveränität, also was auf unseren Tisch kommt geht uns alle an und das sollten wir nicht der multinationalen Agrochemie überlassen oder rein profitorientierten Handelskonzernen.

Die landwirtschaftspolitischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- **Klimaanpassung in der Landwirtschaft fördern**
 - Wassermanagement verbessern
 - regionale Bewässerungssysteme ausbauen.
 - Regenwasserspeicherung, Teiche, Zisternen.
 - Förderung wassersparender Bewässerung: Tröpfchen, Sensorik
 - Klimarobuste Sorten & Diversifikation
 - Trockenresistente Sorten.
 - Mischkulturen und Agroforst.
 - mehr Vielfalt statt Monokultur (reduziert Risiko).
 - Bodenschutzprogramme
 - Humusaufbau (CO₂-Speicher)
 - schonende Bodenbearbeitung
 - Erosionsschutz.
 - Förderung ökologischen Anbaus.
- **Regionale Wertschöpfungsketten stärken**
 - Regionale Verarbeitungsstrukturen aufbauen
 - Mühlen, Trocken- und Lagerhäuser.
 - Gemeinsame Vermarktung über Erzeugergemeinschaften
 - Regionale Direktvermarktung fördern
 - Wochenmärkte, Hofläden, Solidarische Landwirtschaft, Foodcoops
 - Digitale Plattformen („Regionale Marktplätze“)
 - Öffentliche Beschaffung

- Kantinen in Schulen, Kitas, Kliniken verpflichten, regionale, ökologische (und klimafreundliche) Produkte zu verwenden.
- **Finanzielle Anreize & faire Bedingungen schaffen**
 - Förderung für ökologische / regenerative Landwirtschaft
 - CO₂-Bindung im Boden belohnen („Carbon Farming“)
 - Förderprogramme für Umstellung auf Bio oder klimafreundliche Methoden
 - Bürokratie abbauen
 - einfachere Zulassung für Direktvermarktung
 - digitale Verwaltung
 - Faire Preise ermöglichen
 - regionale Preisabsprachen / Qualitätslabel
 - Stärkung von Produzenten gegenüber Handel
 - Infrastruktur verbessern
 - Biogas, Photovoltaik auf Hofdächern, Agri-PV.
 - regionale Energiegenossenschaften.
- **Gesellschaft einbinden (Soziale Basis stärken)**
 - Bewusstsein in der Bevölkerung fördern („Regional = Klimaschutz“)
 - Bürgerbeteiligung bei regionalen Ernährungsstrategien
 - Regionale Ernährungsräte gründen
 - Höfe öffnen (Hoffeste, Bildung, Kooperation mit Schulen)

Geschlechtergerechtigkeit jetzt!

Die Linke Bergstraße setzt sich auf kommunaler Ebene für eine gerechte, gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft ein. Feminismus schützt vor Armut und Gewalt und stärkt das Leben von allen.

FLINTA* (Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen) sind in unserer Gesellschaft benachteiligt. Transfrauen sind Frauen. Wir stehen für eine kommunale Politik, die patriarchale Strukturen abbaut und echte Gleichstellung schafft.

Feminismus im Alltag und in der Sprache

Wir setzen uns für die Förderung des Mikrofeminismus im Alltag ein. Das bedeutet, geschlechtergerechte Sprache und die Anerkennung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern. Die konsequente Anwendung des Genders ist ein wichtiger Schritt, um Gleichberechtigung sichtbar zu machen. In vielen öffentlichen Einrichtungen und Institutionen im Landkreis wird die geschlechtergerechte Sprache noch immer nicht konsequent angewendet.

Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit

Die ungleiche Bezahlung von Frauen für gleiche Arbeit ist weiterhin Realität. Im Landkreis Bergstraße verdienen Frauen im Durchschnitt 20 % weniger als Männer, was zu Rentenlücken und Altersarmut führt.

Teilzeitfalle und Armut von Alleinerziehenden

Alleinerziehende, meist Frauen, sind überdurchschnittlich oft von Armut betroffen. Der Landkreis Bergstraße weist eine besonders hohe Zahl an alleinerziehenden Müttern auf, die häufig in schlecht bezahlten Teilzeitjobs arbeiten.

Unsichtbare Care-Arbeit und Doppelbelastung

Unbezahlte Care-Arbeit, die überwiegend von Frauen übernommen wird, ist gesellschaftlich unterbewertet. Frauen tragen die Hauptlast der Familienarbeit, was ihre berufliche Entwicklung und Lebensqualität beeinträchtigt und zu Altersarmut führen kann. Viele bleiben in Abhängigkeiten oder missbräuchlichen Beziehungen, weil sie finanziell nicht abgesichert sind.

Gewalt gegen Frauen und Femizide stoppen

Femizide und häusliche Gewalt sind ein ernstes Problem – auch im Landkreis Bergstraße.

Kindererziehung und Abbau patriarchaler Strukturen

Erziehung muss frei von destruktiven Geschlechterrollen sein. Kinder sollen ohne stereotype Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit aufwachsen.

Antidiskriminierung und Vielfalt

Wir setzen uns für die Erweiterung von Antidiskriminierungsgesetzen und gegen jede Form von Diskriminierung ein – ob sexistisch, homophob oder transfeindlich.

Die geschlechterpolitischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- Einführung von Gehaltstransparenz
- Förderung von Frauen in Führungspositionen und in der Politik
- Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohndiskriminierung
- Verpflichtung der Unternehmen, Lohnstrukturen offenzulegen und Unterschiede abzubauen
- Bessere Unterstützung durch bezahlbare und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung
- Gesetzliche Regelungen, die Mütter vor der Teilzeitfalle bewahren und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern
- Sanktionsfreiheit für Alleinerziehende vom kommunalen Jobcenter: Niemand darf gezwungen werden, unvereinbare Jobs anzunehmen.
- Individuelle, lebensnahe Vermittlungsstrategien statt Druck und Drohkulissen
- Echte Hilfe bei Weiterbildung, Qualifizierung und beruflicher Neuorientierung
- Flexible und flächendeckende Kinderbetreuung, auch in Randzeiten
- Notfall-Betreuungsplätze, insbesondere für Alleinerziehend
- Anerkennung und gerechte Bewertung von Care-Arbeit und Entlastung von Müttern durch Unterstützung und mehr Raum und Angebote
- Kommunale Jugendzentren in jeder Gemeinde mit pädagogischer Begleitung
- Stärkere Finanzierung der Jugendsozialarbeit an Schulen und in Vereinen
- Kostenlose Freizeit- und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Haushalte
- Flächendeckende Frauenhäuser und sichere Zufluchtsorte
- Erweiterte psychosoziale und rechtliche Unterstützung für Betroffene

- Präventionsprogramme an Schulen zur Förderung von Gleichwertigkeit und Respekt
- Programme zur Gleichstellung in Kindergärten und Schulen
- Sensibilisierung von Lehrkräften und Eltern für die Auswirkungen patriarchaler Strukturen
- Sichere Räume und Anlaufstellen für queere Menschen im Landkreis
- Förderung von LGBTQIA+-Aktivist*innen und Organisationen
- Aufklärung über Vielfalt und Gleichberechtigung in Bildung und Öffentlichkeit

Inklusion leben – Barrieren abbauen, Teilhabe stärken

Im Kreis Bergstraße leben mehr als 24855 Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung (Stand 12/2023, Hessisches statistisches Landesamt). Das entspricht 9,1% der Bevölkerung im Kreis, Tendenz steigend. Gemäß dem hessischen Kultusministerium, ist "jeder vierte junge Mensch in Hessen von psychischer Erkrankung betroffen" (Hessisches Kultusministerium, 17.03.2025).

Tatsächlich haben weitaus mehr Menschen eine Behinderung oder Beeinträchtigung, sind aber aus verschiedenen Gründen nicht in der Statistik erfasst. Erschwerte Bedingungen für die Teilhabe am alltäglichen Leben haben sie aber ebenso.

Menschen mit Behinderung/Beeinträchtigung stoßen in ihrem Alltag noch immer auf sichtbare wie unsichtbare Barrieren. Inklusion ist jedoch kein Sonderthema, sondern ein Menschenrecht. Es braucht daher eine behindertenpolitische Wende, die Selbstbestimmung, Sichtbarkeit und Gerechtigkeit in den Fokus rückt.

Die Linke Bergstraße setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können, unabhängig von körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen. Es ist unerlässlich, dass Menschen mit Behinderung/Beeinträchtigung als Expert*innen in eigener Sache anerkannt und gehört werden. Entscheidungen über das eigene Leben, sei es Wohnen, Arbeiten oder Mobilität, dürfen nicht länger fremdbestimmt sein. **Wir wollen** kommunale Behindertenbeauftragte mit echter Entscheidungs- und Mitbestimmungsmacht, die selbst von Behinderung/Beeinträchtigung betroffen sind.

Die kommunale Infrastruktur muss so gestaltet werden, dass sie den Bedürfnissen aller gerecht wird, z.B. durch barrierefreie Bushaltestellen, verständliche Informationen, zugängliche Freizeit- und Kultureinrichtungen, Arbeitsplätze und Schulen an denen Vielfalt willkommen ist und gemeinsam gelernt und gearbeitet werden kann.

Behindertengerechte Arbeitsplätze finden sich oft nur in Einrichtungen wie Behindertenwerkstätten wo die Arbeit geprägt ist von niedriger Bezahlung, fehlender Mitbestimmung und mangelnden Perspektiven auf den ersten Arbeitsmarkt.

Mit inklusiven Betrieben, tariflich bezahlten Jobs, Assistenz am Arbeitsplatz und gezielter Förderung von Übergängen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt müssen

hier echte Alternativen geschaffen werden, denn Menschen mit Behinderung/-Beeinträchtigung haben ein Recht auf gute Arbeit zu fairen Bedingungen.

Ein besonderes Augenmerk muss auf die Behinderungen/Beeinträchtigungen gelegt werden, die nicht auf den ersten Blick sichtbar sind, wie z.B. Autismus, ADHS, chronische Erkrankungen, psychische Beeinträchtigungen oder Schmerzsyndrome. Viel zu oft erleben Menschen mit sogenannten "hidden disabilities" Diskriminierung, Unverständnis und Ausschluss. Nicht selten werden diese Beeinträchtigungen den Betroffenen einfach abgesprochen.

Die Linke Bergstraße kämpft für ein gesellschaftliches Umdenken und Aufklärung, sei es in der kommunalen Verwaltung, in Schulen, am Arbeitsplatz oder im Gesundheitssystem. Neurodivergente Menschen verdienen Akzeptanz und individuelle Unterstützung statt Anpassungsdruck.

Eine inklusive Kommune ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht! Daher fordern wir: Teilhabe statt Ausgrenzung, Selbstbestimmung statt Bevormundung, Vielfalt statt Anpassungszwang.

Die inklusionpolitischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- **Inklusion als Menschenrecht verbindlich umsetzen:**
 - Alle politischen Entscheidungen im Kreis müssen systematisch auf ihre Auswirkungen auf Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigung geprüft werden.
- **Selbstbestimmung stärken – Betroffene beteiligen:**
 - Einführung bzw. Stärkung kommunaler Behindertenbeauftragter mit echter Entscheidungs- und Mitbestimmungsmacht
- **Barrierefreie Infrastruktur im gesamten Kreis ausbauen:**
 - Konsequenter Ausbau barrierefreier öffentlicher Räume: Bushaltestellen, Verwaltungsgebäude, Schulen, Arbeitsplätze, Freizeit- und Kultureinrichtungen
 - Digitale Angebote müssen für alle zugänglich sein.
- **Verständliche Information für alle gewährleisten:**
 - Ausbau von Leichter Sprache, klarer Kommunikation und barrierefreien digitalen Angeboten in Verwaltung, Bildung, Kultur und öffentlicher Information
- **Gute Arbeit für Menschen mit Behinderung sichern:**
 - Schaffung und Förderung inklusiver Betriebe mit tariflich bezahlten Arbeitsplätzen

- Ausbau von Assistenz am Arbeitsplatz und gezielte Förderung von Übergängen aus Werkstätten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt
- **Werkstattstrukturen überwinden – Alternativen schaffen:**
 - Abkehr von ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen in Behindertenwerkstätten. Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf existenzsichernde Löhne, Mitbestimmung und berufliche Entwicklung.
- **Unsichtbare Beeinträchtigungen anerkennen:**
 - Aktive Anerkennung von nicht sichtbaren Behinderungen und Beeinträchtigungen wie Autismus, ADHS, chronischen Erkrankungen, psychischen Belastungen oder Schmerzsyndromen – in Verwaltung, Schule, Arbeitswelt und Gesundheitsversorgung.
 - Gezielte Sensibilisierungs- und Fortbildungsangebote für Mitarbeitende in Verwaltung, Bildungseinrichtungen, Betrieben und sozialen Diensten zu Neurodivergenz und unsichtbaren Beeinträchtigungen.
- **Individuelle Unterstützung statt Anpassungszwang:**
 - Maßnahmen müssen sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren – nicht umgekehrt. Förderung individueller Unterstützungsangebote statt pauschaler Leistungslogik.
- **Inklusive Bildung und Teilhabe über alle Lebensbereiche hinweg sichern:**
 - Inklusion muss in Bildung, Arbeit, Wohnen, Mobilität, Kultur und Freizeit konsequent zusammen gedacht und umgesetzt werden.

Solidarität ohne Grenzen – gleiche Rechte für Migrant*innen

Migrant*innen sind von kommunalpolitischen Entscheidungen ebenso betroffen wie deutsche Staatsangehörige. Von kommunalen Prozessen und Wahlen sind sie jedoch weitgehend ausgeschlossen. Deshalb muss allen Bürger*innen, ungeachtet ihrer Nationalität, das Wahlrecht auf kommunaler Ebene zustehen. Im Landkreis Bergstraße besitzen ca. 16 % der Einwohner*innen keinen deutschen Pass. Ihre umfassende Einbeziehung in das soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben muss erreicht werden. Wir wollen die Einführung eines kommunalen Petitionsrechts und die Möglichkeit von Bürger*innenanträgen, die für alle Bergsträßer*innen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, gelten sollen.

Kinder mit Migrationshintergrund sind überproportional von den Armutsverhältnissen ihrer Eltern betroffen. Die Verstetigung der Armut dieser Kinder verstärkt bereits existierende Ungleichheiten in den Bildungschancen und ist Ergebnis einer bewusst und unbewusst ablaufenden Diskriminierung: Aussehen, Sprache, kulturelle und religiöse Einstellungen werden als Differenzmerkmale gesehen und fördern institutionellen Rassismus, der bei als migrantisch angesehenen Arbeiter:innen-Kindern zu schlechten Noten und weniger Gymnasialempfehlungen bei gleichen Leistungen führt. Diese in der Schule beginnende Diskriminierung und Benachteiligung muss breiter thematisiert und bekämpft werden. Dabei muss sowohl bei den Lehrkräften als auch bei den Schüler*innen ein kritisches Bewusstsein für die eigene Perspektive und soziale Ungleichheit in der Gesellschaft angeregt werden. Gleichzeitig muss interkulturelle Kompetenz und ein Gefühl von Zugehörigkeit gefördert werden. Daher ist es wichtig, die Lebenswelten aller Schüler*innen im Unterricht einzubeziehen und kulturelle Vielfalt wertschätzend zu begegnen. Dies kann beispielsweise durch Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte zum Thema Integration oder durch die Förderung von Integrationsprojekten geschehen.

Angriffe und Anschläge auf Orte, die mit Migration in Verbindung gebracht werden, haben hierzulande eine lange und schreckliche Kontinuität. Immer mehr Menschen fliehen vor Krieg, Verfolgung und wirtschaftlichem Elend, an dem die Politik der reichen Länder des Westens nicht selten beteiligt ist. Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten sind alltäglich geworden. Doch es gibt auch sehr viele Menschen, die gegen diesen Hass aufstehen, sich ihm entgegenstellen und geflüchtete Menschen in ihrem Alltag unterstützen. Solche Aktivitäten der Zivilcourage unterstützt **Die Linke Bergstraße** sowohl auf den Straßen als auch in den Parlamenten.

Zentrale Unterbringung von Geflüchteten macht lokale Hasskampagnen und organisierte Angriffe auf Unterkünfte erst möglich. Dezentrale Unterbringung erleichtert die Kontaktaufnahme mit der Nachbarschaft und sorgt für eine bessere und schnellere Integration. Geflüchtete Menschen benötigen soziale, medizinische und psychische Betreuung. Sie benötigen privaten Wohnraum mit genügend Rückzugsbereichen und ihre Kinder müssen möglichst schnell die Schule besuchen können. Der gesetzlich mögliche Ersatz von Geldleistungen durch Sachleistungen sowie die Anwendung der Bezahlkarte für Geflüchtete dienen der Abschreckung und werden den Bedürfnissen von Geflüchteten in keiner Weise gerecht. Geflüchtete Menschen müssen die gleichen Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben erhalten, wie **Die Linke Bergstraße** sie für alle Mitglieder unserer Gesellschaft fordert. Auch wenn vieles durch ehrenamtliches Engagement abgedeckt wird, darf dies keine öffentliche Aufgabe ersetzen. Die Ämter für Soziales und Prävention müssen personell ausreichend ausgestattet sein, um den zusätzlichen Bedarf von Geflüchteten zu decken.

Jede Abschiebung bedeutet, dass Leben zerstört, und Menschen aus ihrer neuen Heimat vertrieben werden, während in den sogenannten Herkunftsländern oft Verfolgung, Folter oder Krieg drohen. **Die Linke Bergstraße** streitet für die dauerhafte Schließung aller Abschiebegefängnisse, in denen Menschen eingesperrt werden, denen kein Verbrechen zur Last gelegt wird, die also weder angeklagt noch verurteilt wurden.

Die migrationspolitischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- Einführung eines kommunalen Wahlrechts sowie von Petitions- und Bürgerinnenantragsrechten für alle Einwohnerinnen
- Finanzielle und strukturelle Förderung von Migrant*innenorganisationen und interkulturellen Projekten im Kreis
- Konsequenter Abbau von Diskriminierung in Kitas und Schulen durch kommunale Programme, Projekte und Fortbildungsangebote
- Aktive Unterstützung von Initiativen gegen Rassismus sowie Schutz und Solidarität bei Angriffen auf migrantisierte Menschen und Einrichtungen
- Vorrang für dezentrale Unterbringung von Geflüchteten im Kreis Bergstraße
- Sicherstellung eines schnellen Zugangs zu Schule, Beratung sowie medizinischer und psychosozialer Versorgung
- Ausreichende personelle Ausstattung der kommunalen Sozial- und Präventionsbehörden

Vereine, Kultur & Sport – Zusammenhalt, Teilhabe, Vielfalt

Vereine, Kultur und Sport sind das Herzstück des gesellschaftlichen Lebens im Kreis Bergstraße. Hier entstehen Gemeinschaft, Solidarität und demokratisches Miteinander – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder sozialem Status. Doch viele dieser Orte stehen unter Druck: steigende Energiekosten, knappe Räume, bürokratische Hürden und eine Förderpolitik, die oft nur kurzfristig hilft. Gleichzeitig übernehmen Vereine, Kulturinitiativen und Sportgemeinschaften Aufgaben, die weit über Freizeit hinausgehen – sie integrieren, bilden, vermitteln Werte und schaffen Orte der Begegnung. **Die Linke Bergstraße** will diese Arbeit absichern und stärken. Wir wollen eine Kultur-, Sport- und Ehrenamts politik, die Planungssicherheit bietet, soziale Teilhabe ermöglicht und allen Menschen den Zugang zu kulturellem und sportlichem Leben offenhält – in der Stadt wie in den Gemeinden und Dörfern.

Kulturförderung – Vielfalt sichern und Infrastruktur schützen

Kultur ist mehr als Unterhaltung – sie ist Bildung, Erinnerung, Kritik und Zukunftsgestaltung zugleich. Die Kulturszene im Kreis Bergstraße lebt von engagierten Menschen, kleinen freien Theatern, freien Gruppen, Festivals, Bibliotheken und Kulturzentren. Doch viele Akteur*innen arbeiten unter prekären Bedingungen. Kurzfristige Projektförderung, steigende Kosten und mangelnde Räume gefährden kulturelle Vielfalt. **Die Linke Bergstraße** setzt sich für eine Kulturförderung ein, die planbar, gerecht und solidarisch ist. Sichtbarkeit und digitale Vernetzung sind dabei auch wichtig, Grundlage ist aber eine sichere Finanzierung.

Sport, Ehrenamt & Integration – Teilhabe ermöglichen

Sportvereine und ehrenamtliche Initiativen leisten im Kreis Bergstraße unverzichtbare Arbeit. Dafür verdienen sie Wertschätzung, strukturelle und praktische Unterstützung. Sie fördern Gesundheit, Teamgeist, Integration und Inklusion. Doch immer häufiger müssen Vereine mit wenig Personal und knappen Budgets viel leisten. **Die Linke Bergstraße** will das Ehrenamt stärken, Bürokratie abbauen und soziale Barrieren im Sport abbauen, damit alle mitmachen können.

Demokratiebildung & gesellschaftliche Teilhabe durch Vereine

Vereine, Jugendgruppen und Initiativen sind Orte gelebter Demokratie. Hier lernen Menschen Verantwortung, Aushandlung und Solidarität – Grundpfeiler einer offenen Gesellschaft. **Die Linke Bergstraße** will, dass demokratische

Bildung nicht nur in Schulen stattfindet, sondern auch in Vereinen, Kulturhäusern und Jugendräumen.

Kommunale Rahmenbedingungen – Freiräume schützen & Pflichtaufgaben stärken

Viele Städte und Gemeinden im Kreis Bergstraße kämpfen mit engen Haushalten. Oft trifft das zuerst freiwillige Leistungen wie Kultur, Sport und Jugendarbeit – genau jene Bereiche, die sozialen Zusammenhalt schaffen. **Die Linke Bergstraße** will, dass Kultur, Sport und Ehrenamt nicht länger als „freiwillige Zusatzaufgabe“ gelten, sondern als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge.

Finanzierung & Perspektive

Kultur, Sport und Ehrenamt brauchen Verlässlichkeit. **Die Linke Bergstraße** will, dass der Kreis Bergstraße seine Förderbudgets für diese Bereiche festschreibt, regelmäßig überprüft und an die sozialen Realitäten anpasst. Nur so bleibt gesellschaftliche Teilhabe keine Frage des Geldbeutels.

Unsere Vision

Ein Kreis Bergstraße, in dem Kultur, Sport und Ehrenamt nicht vom Geldbeutel abhängen, in dem Vereine sichere Räume finden, Engagierte Anerkennung erfahren und Vielfalt selbstverständlich ist. Wir wollen eine Gesellschaft, in der gemeinsames Handeln mehr zählt als Konkurrenz – solidarisch, demokratisch, lebendig.

Die kulturpolitischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- Eine **dauerhafte und verlässliche Kulturförderung**, die freie Träger, Initiativen und Einrichtungen über mehrere Jahre absichert, statt nur befristete Projektgelder zu vergeben.
- Eine **Überarbeitung der Vereins- und Kulturförderrichtlinien**, um den Zugang für kleine und ehrenamtlich organisierte Gruppen zu erleichtern – insbesondere in ländlichen Gemeinden.
- **Honorarmindeststandards** für öffentliche Veranstaltungen und verbindliche soziale Kriterien bei Förderentscheidungen.
- Die **Förderung kultureller Bildung** in Kooperation mit Schulen, Musikschulen, Jugendzentren und Vereinen. Kinder und Jugendliche sollen früh Zugang zu Kunst, Musik und Theater bekommen.
- Eine **Stärkung der freien Szene**, der Jugendkulturarbeit und der Clubkultur durch niedrigschwellige Zuschüsse, Probenräume und kommunale Unterstützung.

- **Transparente Entscheidungsverfahren** bei der Vergabe von Kulturmitteln – mit klaren Kriterien und Beteiligung der Kulturschaffenden.
- **Finanzielle Stabilität** für Sport- und Kulturvereine durch pauschale, planbare Zuschüsse – besonders in Krisenzeiten.
- **Unterstützung für Ehrenamtliche** durch Fortbildungen, Beratungsangebote und Hilfen bei Verwaltung, Datenschutz und Finanzierung.
- **Anerkennung des Engagements** nicht nur durch Urkunden, sondern durch konkrete Unterstützung: Fahrtkostenzuschüsse, Versicherungen, Räume und technische Ausstattung.
- **Barrierefreie und inklusive Vereinsräume & Sportgeräte**, damit Menschen mit Behinderungen und eingeschränkter Mobilität gleichberechtigt teilhaben können.
- **Soziale Teilhabe sichern**: Zuschüsse zu Mitgliedsbeiträgen, Ausrüstung und Fahrtkosten für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien.
- **Interkulturelle Öffnung** der Vereinsarbeit und gezielte Förderung von Vereinen, die sich aktiv für Integration einsetzen.
- Eine **Stärkung der politischen Bildung** außerhalb des Unterrichts – etwa durch Jugendforen, Workshops und kommunale Demokratieförderprogramme
- Die **Einbindung junger Menschen** in politische Entscheidungsprozesse: Jugendräte, Kreisschülervertretungen und Beiräte sollen mitreden dürfen, wenn über Freizeit-, Kultur- und Sportförderung entschieden wird.
- Eine aktive Unterstützung von Vereinen, die sich gegen Rassismus, Sexismus und Diskriminierung einsetzen – durch gezielte Fördermittel und öffentliche Anerkennung.
- Dass der **Kreis die Kommunen finanziell entlastet**, damit sie ihre Kultur- und Sportaufgaben erfüllen können, ohne an anderer Stelle kürzen zu müssen.
- Eine **dauerhafte Grundfinanzierung** für Kulturzentren, Sportstätten, Bibliotheken und Jugendhäuser
- **Kooperationen zwischen Gemeinden** zur gemeinsamen Nutzung und Finanzierung von Sport- und Kultureinrichtungen – um Ressourcen effizient zu nutzen und Leerstände zu vermeiden.
- **Erhalt öffentlicher Räume** für ehrenamtliche Arbeit – keine Privatisierung von Vereins- oder Kulturstätten.

- Die **Aufhebung restriktiver Sparvorgaben auf kommunaler Ebene**, die sinnvolle Investitionen in Kultur und Soziales verhindern.
- **Sozialpriorität:** Zuschüsse für Vereine, Projekte und Einrichtungen, die Inklusion, Integration und Mehrgenerationen-Arbeit leisten.
- Ein **jährlich festgeschriebenes Kultur- und Sportbudget** mit Rücklagen für Krisenzeiten (z. B. Energiepreissteigerungen oder Einnahmeausfälle).
- Eine **Überarbeitung der Vereinsförderrichtlinien** mit klaren, gerechten und niedrighschwelligen Kriterien.
- Eine **soziale Priorisierung:** Vereine, Initiativen und Einrichtungen, die gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, sollen bevorzugt gefördert werden.
- **Transparente Beteiligung** der Bürger*innen bei Förderentscheidungen, z. B. durch regelmäßige Kultur- und Sportforen.

Demokratie stärken, Transparenz schaffen und Digitalisierung

In der Kommunalpolitik entscheidet sich, ob Menschen Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates haben. Wir wollen, dass mehr Bergsträßer*innen mitentscheiden können. Mitbestimmung darf keine Frage des Passes sein. Um die demokratische Teilhabe junger Menschen zu ermöglichen, soll das kommunale Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr gelten.

Die Vertretung der Bürger*innen vor Ort sind die Kommunalvertretungen und Ortsbeiräte. Hier können unmittelbar Probleme eingebracht und Wünsche geäußert werden. Wir wollen sie gegenüber dem Kreistag stärken. Die öffentlichen Kreistagssitzungen sollen aufgezeichnet werden und 6 Monate lang von Bürgern abgerufen werden können.

Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen sind auch ein Abbau von Demokratie. Diese lehnen wir von **Die Linke Bergstraße** ab.

Bürger*innenrechte schützen - strukturelle Diskriminierung bekämpfen

Durch Überwachung und Ausspähung der öffentlichen und privaten Räume ist die Ausübung demokratischer Rechte bedroht. Zugunsten einer vermeintlichen Sicherheit – die es hundertprozentig nicht gibt – werden Freiheit und Selbstbestimmung ausgehebelt. Durch racial profiling werden Menschen aufgrund ihres Erscheinungsbildes kriminalisiert.

Die demokratiepolitischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- Kommunales Wahlrecht für alle ab 16 Jahren, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit
- Auf Fragen und Anregungen der Ortsbeiräte muss der Kreistag zeitnah zu antworten.
- Das Ortsbeiratsbudget ist anzuheben.
- Wohnortnaher Zugang zu Ämtern und Behörden statt Zentralisierung und Rückzug aus den Gemeinden.
- Sicherstellung des Zugangs zu Behörden und öffentlichen Dienstleistungen auch auf analogem Weg. Persönliche Vorsprachen und Beratungen müssen weiter möglich bleiben!

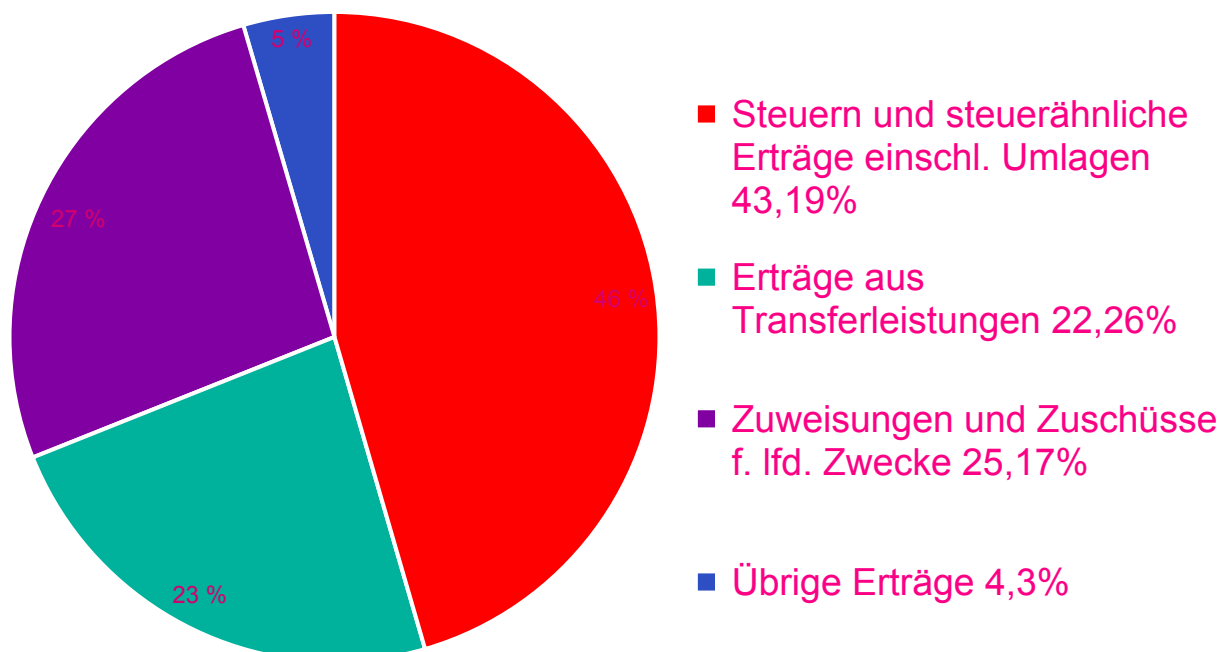
- Kommunale Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand! Verträge müssen transparent sein und einer parlamentarischen Kontrolle unterliegen.
- Einführung eines kommunalen Vertragsmanagements
- Die schleichende Entmachtung der demokratischen Einflussmöglichkeiten durch Privatisierungen muss gestoppt werden.
- Öffentliches und kostenloses WLAN an zentralen Orten des öffentlichen Raums
- Benutzungsfreundliche und barrierefreie Gestaltung des Bürgerinformationssystems
- Vermittlung digitaler Kompetenz, insbesondere für Open Access Systeme im Schulunterricht
- Reduzierung der Überwachungskameras im öffentlichen Raum
- Einrichtung einer unabhängigen Polizei- und Justizbeschwerdestelle
- Zerschlagung der rechtsextremen Netzwerke und Bekämpfung des strukturellen Rassismus in den Behörden
- Veröffentlichung der durch die Polizei ausgewiesenen sogenannten gefährlichen Orte
- Enger Rahmen für Taser-Einsatz
- Ursachen für zunehmende Polizei-Schüsse (z.B. Fehlauslösung) überprüfen und gegensteuern
- Sensibilisierung der Ordnungsbehörden für rassistische Strukturen

Finanzen für eine starke soziale Infrastruktur

Die finanzielle Entwicklung im Kreis Bergstraße folgt einem ähnlichen Trend wie viele andere hessische Landkreise. Die Ausgaben (639 Mio € im Jahr 2024) steigen stetig an, während die Einnahmen (614 Mio €) gerade so mitgezogen werden können. Die direkten Schulden des Landkreises Bergstraße, hauptsächlich Investitionskredite, beliefen sich Ende 2024 auf etwa 38 Millionen Euro. Hessenweit mehren sich die Schulden und die Haushaltsdefizite der Kommunen.

Die Linke Bergstraße begrüßt den Vorstoß der Landesregierung, die jährlichen Landesmittel für die Kommunen von 3 Mrd € auf 7,5 Mrd € anzuheben. Das ist ein richtiger erster Schritt, auch wenn nicht alle Mehraufwendungen, die den Kommunen in den letzten 10 Jahren zusätzlich auferlegt wurden, dadurch sofort kompensiert werden. Die Mittel müssen in den kommenden Jahren sinnvoll und durchdacht für die Daseinsvorsorge und die Pflichtaufgaben der Kommunen verwendet werden.

Die Einnahmen des Kreises Bergstraße werden grob in drei große Kategorien gegliedert: Umlagen, 43 % der Einnahmen im Jahr 2024, Landesmittel, rund 25% und Transferleistungen, rund 22%. Weniger als die Hälfte der Einnahmen kommt direkt aus dem Kreisgebiet.



Umlagen

Ein großer Teil der Einnahmen sind mit rund 264 Mio € Umlagen aus Städten und Gemeinden. Die Gemeinden fließen Anteile aus Steuern, Gebühren und weitere Einnahmen zu. Jede Kommune gibt einen Teil davon an den Kreis

weiter. Vor der Pandemie stiegen die Steuereinnahmen der meisten Kommunen stetig an und ermöglichten eine solide Haushaltslage. Jedoch dämpften Pandemie und steigende Energiekosten die regionale Wirtschaft empfindlich. Ab 2023 verzeichneten viele Kommunen einen massiven Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen. Die steigenden Ausgaben, beispielsweise für Soziales, waren vor dem Hintergrund der starken Inflation nicht mehr kompensierbar. 17 von 25 Kommunen planen mit einem Haushaltsdefizit. Aus diesem Grund wurde die Grundsteuer massiv angehoben. **Die Linke Bergstraße** lehnt eine einseitige Anhebung der Grundsteuer B ab, wenn diese zu einer stärkeren Belastung der Mieter und privaten Eigentümer führt, während Gewerbe durch Absenkung des Gewerbehebesatzes entlastet wird. Bei einer Anhebung der Grundsteuer B muss die Gewerbebesteuer mit angehoben werden, um eine einseitige Belastung der Bürger zu vermeiden.

Durch Betriebsschließungen sind allerdings mehr Bergsträßer*innen gezwungen, in den umliegenden Metropolregionen zu arbeiten. Das ist nicht nur eine enorme Belastung durch die weiten Wege, sondern auch schlecht für die Kreiskasse. Die Wohnortgemeinde erhält nur 15 % der Einkommenssteuer des Arbeitnehmers, während das durch die Arbeitsleitung erzielte Gewerbesteueraufkommen der Metropolregion zufließt. Noch ungerechter wird es, wenn der Betrieb einen Gewinnabführungsvertrag mit einer Muttergesellschaft in einer Steueroase abgeschlossen hat. Dann gehen die Gewerbesteuereinnahmen mehrheitlich verloren. **Wir** fordern deswegen einen höheren Einkommenssteueranteil für die Kommunen, sowie eine umfassende Regulierung von Gewinnabführungsverträgen.

Um dem Rückgang des Gewerbes und der damit verbundenen Abwanderung in kleinen Gemeinden entgegenzuwirken, fordert **Die Linke Bergstraße** eine umfassende Stärkung der öffentlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge im ländlich geprägten Raum, finanziert durch Bund und Land. Aktuell existiert dafür eine Vielzahl verschiedener Fördertöpfe. Diese Zuschüsse, beispielsweise für Modernisierungen oder kommunale Wärmeplanung, müssen aufwendig beantragt werden. Langfristig lohnt es sich gerade für kleine Gemeinden, ausreichend Personal in der Verwaltung einzustellen und die Fördermittel zu nutzen.

Landesmittel (Schlüsselzuweisungen)

Eine weitere zentrale Einnahmequelle des Kreises sind mit rund 156 Millionen € die Landesmittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich (FAG). Diese Mittel dienen der grundsätzlichen Finanzausstattung und müssen die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Kreis Bergstraße ermöglichen! Die Schlüsselzuweisungen sind die flexibelsten Einnahmen des Kreises, da sie

dem Gesamtdeckungsprinzip unterliegen und keiner festen Zweckbindung unterliegen.

Die Linke Bergstraße kritisiert jedoch: Trotz ihres gesetzlichen Rechtsanspruchs reichen die Mittel des FAG-Systems nicht aus, um die gestiegenen Kosten für Pflichtaufgaben, insbesondere für Soziales, Bildung und Gesundheit bedarfsgerecht zu decken. Die Berechnungsgrundlagen sind unzureichend. Wir fordern das Land Hessen auf, das FAG-System zu reformieren, die Mittel zu erhöhen und sozial gerechtere Berechnungsmodelle einzuführen, um eine solide Grundfinanzierung zu gewährleisten.

Transferleistungen: Zweckgebundene Zuschüsse, Kostenerstattungen

Transferleistungen umfassen alle Mittel, die der Kreis Bergstraße für eine bestimmte, zweckgebundene Aufgabe erhält. 2024 machten Transferleistungen mit rund 134 Millionen € 22 % der Einnahmen aus. Hierzu zählen zweckgebundene Fördergelder (z. B. Digitalpakt, Schulsanierung) sowie Kostenerstattungen von Bund und Land (z. B. Sozialticket, KdU).

Die Linke Bergstraße lehnt die aktuelle Praxis ab: Der Bund oder das Land legen dem Kreis häufig neue Pflichtaufgaben auf, beispielsweise bei Jugendhilfe oder öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Kosten werden aber nicht vollständig erstattet. Dies verletzt das Konnexitätsprinzip (wer bestellt, bezahlt) und führt zu einer verdeckten Ausgabenlast in der Kreiskasse. Wir fordern eine lückenlose Kostenerstattung bei jeder Übertragung neuer Pflichtaufgaben. Darüber hinaus muss die Finanzierung der Schulträgerschaft – also der Sanierung und des Erhalts der kreiseigenen Schulen – durch das Land massiv verbessert werden. Parallel dazu fordern wir einen Bürokratieabbau, um die Beantragung der vielen Fördertöpfe einfacher und damit für kleine Gemeinden zugänglicher zu machen.

Die Finanzpolitischen Forderungen der Linken Bergstraße:

- Mittel dort einsetzen, wo sie im täglichen Leben benötigt werden, statt für überbeuerte Prestigeprojekte!
- Verpflichtung zur Daseinsvorsorge konsequent einhalten
- Mehr finanzielle Transparenz in Optionskommunen und Eigengesellschaften
- Mehr Personal in Gemeindeverwaltungen für Fördermittel, Steuerprüfer und Betriebsprüfer

- Reformen auf Landes- und Bundesebene:
- Regulierung von Gewinnabführungsverträgen
- Höherer Anteil an der Einkommenssteuer an die Kommunen
- Einführung einer Vermögenssteuer
- Lückenlose Kostenerstattung bei jeder Übertragung neuer Pflichtaufgaben

Impressum

Vorstand der Partei die Linke Kreisverband Bergstraße

Die Linke. Kreisverband Bergstraße

Im Graben 17, 64646 Heppenheim

ViSdP Nadine Koman / Constantin Krell

E-Mail: vorstand@dielinke-bergstrasse.de

Website: www.dielinke-bergstrasse.de

Die Linke

Kreisverband
Bergstraße